

witts einmal ein peinliches Malheur. Während einer Gesellschaft versteckte einer seiner Gäste das Siegel und rückte das kostbare Staatssymbol erst wieder heraus, als ihm erlaubt worden war, das Siegel in die Eierkuchen zu drücken, die es zum Nachtsch gab.

Rechtens und in der Theorie dürfen heute mehr als 800 Lords im Oberhaus sitzen. Darunter sind drei königliche Peers — der Rangjüngste ist der Herzog von Windsor — die beiden anglikanischen Erzbischöfe, 21 Herzöge mit Philip von Edinburgh am Ende, 27 Markgrafen (Marquis), 133 Grafen (Earls), 94 Vizegrafen (Viscounts), 24 Bischöfe und 520 Barone. „Die kleinen Barone“ (Baronets) gehören zwar zum Erbadel, aber nicht ins Oberhaus. Die Ritter (Knights) sind nur von persönlichem Adel.

Die Titel der Peers*) beruhen auf den alten Adelsbesitzungen in England und Wales. Als auch Schottland unter dem Sohn der Maria Stuart zum Vereinigten Königreich kam, wurden seinem Adel nicht die gleichen Rechte zugestanden. Heute dürfen die schottischen Adligen jeweils 16 Vertreter ins Oberhaus wählen. Ins Unterhaus können sie nicht gewählt werden, sie besitzen nicht einmal das Wahlrecht. „Wir werden behandelt wie Bankrotteure und Irrsinnige“, klagen sie. Dafür sind sie auch durch die Bank reicher als ihre englischen Adelskollegen.

Solange Irland noch zum Vereinigten Königreich gehörte, schickte es acht Vertreter auf Lebenszeit ins Oberhaus. Die übrigen irischen Adligen galten als Gemeine.

Seit 1911 ist es mit dem politischen Gewicht des Oberhauses bergab gegangen. In Finanzsachen hat es überhaupt nicht mehr dreinzureden. Ueberdies wird jede Vorlage zum Gesetz, wenn sie vom Unterhaus in zwei Jahren dreimal angenommen wird. Dann ist es gleichgültig, was die Lords dazu sagen.

Das Oberhaus ist stolz auf die ruhige Würde, mit der es zu sitzen pflegt. Der Lordkanzler braucht seine Leute kaum zu zügeln und zu mäßigen. Er könnte es auch gar nicht, da er kaum irgendwelche Machtmittel besitzt. Nicht einmal zur Ordnung rufen darf er die ehrenwerten Lords. Es ist auch überflüssig. Mehr als 150 kommen ohnehin kaum jemals zu einer Sitzung.

Im Vorjahre haben die Lords freiwillig auf eines ihrer Vorrechte verzichtet. Bis dahin hatte jeder Peer das Recht, sich bei einem Strafprozeß nicht von einem normalen Gericht, sondern vom Oberhaus selbst aburteilen zu lassen.

Atlees Labour-Leuten waren die anti-sozialistischen Lords nie recht geheuer. Dabei verhielt sich das Oberhaus zunächst völlig still. Es bastelte nur ein wenig an den ihm vorgelegten Entwürfen herum, zeigte sich bisweilen aristokratisch angeekelt, aber nahm schließlich doch alles an.

Die Fehde begann erst, als Labours fünf Jahre zu Ende gingen. Es war noch eine Art Vorgefecht, als die Lords die Abschaffung der Todesstrafe ablehnten. Es zeigte sich auch bald, daß sie und nicht das Unterhaus in dieser Frage die öffentliche Meinung hinter sich hatten. Die Regierung gab nach.

Dann kam die Verstaatlichung der Stahlindustrie. Die Lords sagten nein. Darüber solle das Volk bei den Wahlen entscheiden. Die Regierung antwortete auf ihre Weise und verkürzte rückwirkend die

*) Peer abgeleitet von dem lateinischen pares, die Gleichen. Das waren im frühen Mittelalter die Angehörigen der alten Adelsgeschlechter, die sich dem König gleichfühlten und neben ihm volles Mitbestimmungsrecht verlangten. In Frankreich wurde der Begriff in „Pairs“ abgewandelt.

Dauer des aufschiebenden Vetos des Oberhauses auf ein Jahr, indem sie die entsprechende Vorlage dreimal nacheinander im Unterhaus annehmen ließ.

„Ich bedaure“, sagte Lord Jowitt, als er Ende Dezember für den König die Thronrede zum Abschluß der parlamentarischen Session verlas, „ich bedaure, daß es nicht möglich war, zwischen beiden Kammern eine Einigung über diese Maßnahme zu erzielen“. Seine Zustimmung zu dem Gesetz gab Georg VI. trotzdem. Das ist seine Pflicht.

In der Diskussion hatte der konservative Lord Swinton das neue Gesetz mit einem Känguruh verglichen, das das Stahlgesetz in seinem Beutel trage. „Aber das Känguruh erlebte eine Totgeburt.“ Er meinte damit das Zugeständnis der Regierung, das Gesetz über die Verstaatlichung der Stahlindustrie erst nach den nächsten Wahlen in Kraft treten zu lassen. Wenn Labour verliert, wird es überhaupt nicht in Kraft treten.

Dann wollen die Konservativen auch das Oberhaus-Veto wieder auf zwei Jahre ausdehnen und das Oberhaus reformieren.

Ob sie daran denken, die Erblichkeit der Oberhausitze abzuschaffen, haben sie noch nicht gesagt. Doch von dem ständigen Übergewicht einer Partei in der ersten Kammer halten auch sie nichts mehr. Dazu sollen Frauen auf die Bänke der Lords rücken und alle Mitglieder ein Gehalt beziehen. Zur Zeit werden ihnen nicht einmal die Unkosten vergütet.

Das Oberhaus ganz abzuschaffen, hat bisher nicht einmal auf dem Programm der Labour-Regierung gestanden. Der konservative Lord Cecil argwöhnte es: „Unter modernen Verhältnissen kann ein Kabinett so mächtig sein wie eine absolute Monarchie.“ Die Regierung wollte nicht so mächtig sein und beruhigte den besorgten Lord.

So blieb es zunächst bei dem beschnittenen Veto-Recht. Wenn die Labour-Regierung über ihre fünf Jahre hinaus ohne neue Wahlen weiter regieren wollte, müßte sie sich nach wie vor die Genehmigung der Lords einholen. Daran hat auch Atlee nichts geändert.



Eisenhart
Staatsführer Rhee



KOREA

Es work-te nicht

Für den roten General Kim Il-sung, Chef der Nordkoreanischen Volksrepublik, wird 1950 das „Jahr der Entscheidung“. Bereits der heilige Nikolaus brachte ihm einen Vorschuß-Sieg: Amerikas Außenminister Dean Acheson war gezwungen, von Kim Il-sungs Regierung offiziell Kenntnis zu nehmen. Sonst hätte er seine beiden gekidnapten Marshallplan-Beamten Meschter und Willis nicht frei bekommen.

Am 20. September waren sie mit dem amerikanischen, von Südkorea gecharterten 2000-Tonnen-Dampfer „Kimbil Smith“ in See gegangen — als Kapitän- und Chefindgenieursberater der koreanischen Schiffsmannschaft. Man vergaß, einen Reeducation-Offizier beizugeben. Resultat: Unterwegs entschied sich die braune Mannschaft für das nordkoreanische Arbeiter-Paradies. Sie brachte das Schiff dem roten Ministerpräsidenten als Treuebekanntnis. Mitsamt Salzladung und Yankees.

Damit rutschte Koreas Kalter Krieg auf eine höhere Ebene. Die Halbinsel zwischen der Mandschurei und Japan — so groß wie die westdeutsche Bundesrepublik — wurde 1945 in Jalta in US- und sowjetisches Einmarschgebiet aufgeteilt. Man war den Koreanern nicht böse; man wollte sie nur von den Japanern befreien.

Mangels Sachverständiger nahm man ein Lineal und zog einen Kohlestrich über den 38. Breitengrad der Generalstabskarte. Das war dann die Zonengrenze. Ohne Rücksicht auf Verkehrswege, Täler, Berge, Reis-, Soja- und Baumwolldörfer. „It will work“, beruhigte Roosevelt den erfahrenen Churchill. F. D. R. irrte auch hier. Es work-te nicht.

Nach dem Zusammenbruch wurden 600 000 Japaner des 1910 erworbenen Generalgouvernements Tschoson — „Land der Morgenfrische“ — eingesperrt. Neunzig Prozent der 3000 Fabriken wurden betriebsführerlos. Die Befreiten rücktaufeten das Land in Korea, „Land der Bergschönheiten“.

Im Norden ließ der sowjetische Befreiungsgeneral Trofim F. Schtykow darüber hinaus durch Kim Il-sung rigoros enteignen und bodenreformieren. Die Provinzhauptstadt Heijo (japanisch) wurde Hengjang getauft und zur roten Metropole erhoben. Beim sowjetischen Hauptquartier überfüllten sich die Gefängnisse. Zum

ersten Male seit 4280 Jahren bekamen die Frauen das Wahlrecht. Das Halten von Konkubinen wurde verboten. Dadurch Freiwerdende wurden in Arbeitsbataillone gesteckt.

Im Süden ging es demokratischer zu. Das lag zum Teil an der reaktionären Luft der alten Kaiserstadt Söul. Von Gebirge und Mauern geschützt, hatte die kaiserliche Li-Dynastie im drachengeschmückten Palast mit den leuchtenden, grüngliasierten, geschwungenen Dächern fünfhundert Jahre lang dem geopolitischen Druck auf der Land- und Kulturbrücke zwischen dem „Reich der Mitte“ (China) und jenem der „Aufgehenden Sonne“ (Japan) widerstanden. Das schult politisch.

In Söul bildete Dr. Syngman Rhee unter amerikanischem Schutz eine Interims-Regierung. Großgrundbesitz, Kapital und Dolmetscher waren führend dabei. US-Befreiungsgeneral Hodge sah keinen Grund zur Unzufriedenheit. Staatsführer Rhee, „der Eisenharte“, kannte ihn schon aus den USA. Der Ex-Revolutionär verbrachte dort 35 seiner 75 erlebnisreichen Jahre im Exil.

Korea, das Deutschland des Fernen Ostens, bekam schon 1948 zwei Regierungen: eine in Söul, eine in Hengjang. Beide haben jetzt eigene Armeen. Der Norden verfügt über 200 000 Mann mit sowjetischen Waffen. Ein Teil davon kämpfte bereits in der Mandchurei gegen die Truppen Tschiang Kai-scheks.

Im Süden knattern 65 000 Mann in Jeeps mit global bekannter US-Ausrüstung über schlechte Landstraßen. Viele von ihnen haben gleichfalls Kampferfahrung: vier Jahre Krieg gegen die Amerikaner. Unter japanischer Flagge.

Beide Seiten möchten zeigen, was sie von den Besatzungsmächten gelernt haben. Das Gros der russischen Besatzungstruppen wurde zum 21. Oktober 1948 nach Sibirien zurückgenommen. Acht Monate später führten die Amerikaner ihre 8000 GIs über Pusan nach Japan zurück.

Schon vorher schossen die beiden feindlichen koreanischen Armeen bruderkriegsmäßig über die Zonengrenze. Bekümmert nahm die UN Kenntnis davon. Sie schickte eine 7-Nationen-Kommission.* Bei der Frontbesichtigung bekam sie rotes Granatwerferfeuer. Empört zogen sich die Herren ins plüschige Hanot-Hotel von Söul zurück.

Ihre Aufgabe ist zu schlichten, und — wenn dieses nicht gelingt — später vor dem Weltgewissen die Schuld am prophezeiten Kriegsausbruch in Korea dokumentarisch zu belegen. Dazu wären Reisen nach Nord-Korea notwendig. Der rote Kim Il-sung indessen läßt keinen Westler hinein, da der Westen seine Regierung illegal nennt.

So war die Partie monatelang politisch unentschieden. Bis Kim Il-sungs Leute die Initiative, d. h. den 2000-Tonnen-Salzdampfer nebst Captain Meschter und Erstem Ingenieur Willis ergriffen. Als beide über zwei Monate bei Nudeln und Kimche (koreanische scharfe Mixed Pickles) in schmutzigsten Kerkern gegessen hatten, wurde Dean Acheson weich.

Auf Kim Il-sungs Radio-Einladung hin schickte er einen mit „amtlichen Dokumenten bestätigten Bevollmächtigten“ zur Zonengrenze nach Jomjon, dem Helmstedt Koreas. Kim Il-sung leitete daraus seine Anerkennung durch den Westen ab. Meschter und Willis schwiegen erschöpft. Daß sie je 81 Tage im Kerker saßen, verdankten sie letzten Endes Roosevelts Korea-Politik.

Kim Il-sung hat eine Runde gewonnen. Es stört ihn kaum, daß die UN-Vollversammlung vor zwei Monaten beschloß, die

* Australien, China, El Salvador, Frankreich, Indien, die Philippinen und die Türkei.



Das Herz muß schweigen. Carmencita und Cristobal

Korea-Kommission auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

General Kim Il-sung rüstet weiter auf. Sowjetische Offiziere und Politruks trainieren seine Armeen. Auch General Schtykow ist wieder in Hengjang. Diesmal als Botschafter. In den nordkoreanischen Kohle-, Eisenerz- und Goldgruben werden Aktivistenschichten gefahren. Kohle- und Stromlieferungen zum feindlichen Süden gibt es seit 1948 nicht mehr.

Deshalb muß Dr. Rhee 21 Prozent der 150-Millionen-US-Hilfe für Energie ab-zweigen. Von dem Geld richten Amerikaner in den Häfen Pusan und Jinsen Elektrizitätswerke ein. Auf Dampfern, jederzeit absetzbar.

Ein weiterer Posten ist für den Ausbau des Flugplatzes Kimpo bestimmt. Von ihm können die Amerikaner binnen zwei Tagen ihre 1200 wirtschaftlichen Berater nebst Anhang nach Japan schaffen.

„Wer soll die Roten zwei Tage lang aufhalten?“ fragen Skeptiker in Söul. Die Hauptstadt liegt nur 50 Kilometer von der Zonengrenze entfernt. Neutrale Beobachter stört die Eisenhärte Dr. Rhees. Einige ziehen Parallelen zu Tschiang Kai-scheks verhängnisvollem Starrsinn. Nach amerikanischen Schätzungen sitzen 30 000 politische Gefangene in südkoreanischen Gefängnissen. Mai und Oktober 1948 gab es kommunistische Aufstände im Süden und 20 000 Tote.

Das rote Propagandabüro im nördlichen Hengjang kennt bedeutend höhere Zahlen. Achtzig Prozent der 20 Millionen Südkoreaner sind Bauern. Sie sympathisieren weitgehend mit dem Norden, behauptet Hengjang. Angefeuert vom Erfolg seines chinesischen Genossen Mao Tse-tung, möchte der rote General Kim Il-sung 1950 die Bauern „befreien“.

SPANIEN

Bei einem Stierkampf

Der Name des vierten Königs-Kandidaten ist noch nicht bekannt. Aber der spanische Hochadel ist schon im vollen Zuge, zu dem Unbekannten hinüberzuschwenken. Die Verlobung der Franco-Tochter Carmencita mit dem Marquis de Villaverde gab dem mehr als zweihundert Jahre alten Projekt eines „nationalen Königstums“ neuen Auftrieb.

Spaniens Monarchisten sind untereinander ebenso zerstritten wie die Zahl der Prätendenten, die sich um den erhofften Thron in dem Königreich ohne König raufen. Den feindlichen Bourbonenbrüdern Juan und Jaime (siehe SPIEGEL 50/1949) folgen genau so feindliche Gruppen, und Don Carlos aus dem Hause Habsburg ist dabei, in den alten Karlistenprovinzen* Navarra, Vitoria und Aragon eine dritte Königsgefolgschaft um sich zu sammeln. Gegen sie alle rückt jetzt die vierte Königs-partei ins Feld.

Auch sie ist uralte. Als 1700 mit dem hoffnungslos degenerierten Karl II. die spanischen Habsburger ausstarben, tauchte zum erstenmal die Idee auf, einen nationalen König der Spanier zu küren. Doch die Bourbonen kamen.

Als um die Mitte des 19. Jahrhunderts die spanischen Bourbonen ihren habsburgischen Vorgängern an Entartung kaum mehr nachstanden, wurde zum zweitenmal nach dem echt-spanischen König gerufen. Doch

* Karlisten nannten sich die Anhänger des Thronprätendenten Don Carlos, der 1833 gegen die unmündige Isabella II. einen blutigen Bürgerkrieg entfesselte. 1873 kam es zu einem zweiten Karlistenkrieg, der wiederum mit dem Siege der herrschenden Bourbonen endete. In den streng katholischen Provinzen des Nordens gibt es auch heute noch Karlisten-Stützpunkte.